

Bildungsprivilegs und anderer Vorrechte der herrschenden Klasse hintertreiben, wollen bei uns als Fürsprecher einer Verbesserung unseres Hochschulwesens auftreten. Aber es geht ihnen natürlich nicht darum, das demokratische Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern, sondern darum, seine Erfolge zu nichte zu machen.

Das westdeutsche Hochschulwesen der Gegenwart kann kein Vorbild für das Hochschulwesen in der Deutschen Demokratischen Republik und ebenso wenig in einem geeinten, friedlichen, demokratischen Deutschland sein. Es muß vielmehr durch ein Hochschulwesen ersetzt werden, das an die großen demokratischen und sozialistischen Errungenschaften des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik anknüpft.

In der letzten Zeit haben viele Studenten der westdeutschen Universitäten und Hochschulen ihre Unzufriedenheit über die Politik der Adenauer-Regierung zum Ausdruck gebracht. Die Mehrheit der studentischen Jugend in Westdeutschland hat das Gefühl, daß sie von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands für fremde Zwecke mißbraucht und auf einen verhängnisvollen Weg geführt werden soll. Die Aggression des englischen und französischen Imperialismus gegen Ägypten hat breiten Kreisen der studentischen Jugend die Augen über die NATO-Politik geöffnet. Viele Studenten befürchten, daß die NATO auch in Westeuropa die Völker in furchtbare Abenteuer hineintreibt. *Möge die westdeutsche Jugend und dabei auch die studentische Jugend den Mut und die Kraft finden, gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland Widerstand zu leisten und für die Sache des Friedens zu wirken.*

Wir wissen uns eins mit dem tiefen Streben der studentischen Jugend wie aller anderen Teile der Bevölkerung ganz Deutschlands nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Doch erfordern es die Interessen der Nation und der Sicherung des Friedens, daß die Einheit Deutschlands nicht auf der Grundlage des Imperialismus und Militarismus, sondern auf friedlicher, demokratischer Grundlage zustande kommt. Sie erfordern, daß der Herrschaft von Monopolherren und Militaristen in Westdeutschland ein Ende bereitet und ihr Einfluß auf Staat und Wirtschaft unmöglich gemacht wird. Das wiedervereinigte Deutschland muß den Weg des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands des Volkes beschreiten.

Dieser Weg zur Einheit Deutschlands macht das Zusammenwirken